

# Dresdner Volkszeitung

Vorleschort: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sanftort: Leipziger Str. 50. Nr. 20618.

Aboressenspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Künstlerkunst 1.00 M. Durch die Post bezogen wertet jährlich 8.00 M., unter Kreispostamt für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.50 M. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertige werden die geschaffene Postzeitung mit 86 Pg. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinssanzeigen. Juherate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Sonntags zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 202.

Dresden, Freitag den 31. August 1917.

28. Jahrg.

## London und Stockholm.

### Was wird mit Polen?

Der polnische Staatsrat ist zurückgetreten. Die demokratischen Elemente hatten schon vorher ihre Aemter niedergelegt. Sie legten, die aufgeklärt waren, die polnischen Konserventen, sind nun auch müde geworden, länger zu warten, und haben abgedankt. Eine B. T.-B.-Notiz versichert, die Verwaltung Polens werde dadurch nicht beeinflusst werden, da die Kommissionen weiter arbeiten wollen. Das mag richtig sein, aber beweisen bleibt der Fortfall einer polnischen Regierung in Polen doch bedauerlich. Man darf zum Beispiel nicht übersehen, daß die Polen in den feindlichen Ländern, zum Beispiel in Russland, wiederholt den Marschauer Staatsrat als einzige zuständige polnische Regierung anerkannt hatten, gegen deren Willen kein Volk die Waffen tragen darf. Jetzt ist für die Entente die Wahl frei, polnische Heere aufzustellen, die ja natürlich nicht sehr überwältigend sein werden, und vielleicht auch eine eigene polnische Regierung mit dem Sitz in Paris oder Petersburg zu gründen.

Wer das ist schließlich nur eine momentane Verlegenheit; die Hauptfrage bleibt, wie sich denn Deutschland nun weiter zu Polen stellen soll. Die Alteutschen sind mit ihrem Rezept außerordentlich rasch bei der Hand. Sie sagen, die Polen hätten sich unantastbar gezeigt, und damit seien die Voraussetzungen des Kriegs vom 5. November hinfällig geworden — der polnische Staat dürfe nicht ins Leben treten. Wer wenn man ihn nicht ganz töten könne, möglicherweise mit Gewalt wenigstens so weit niederklettern, wie irgend möglich. Der Vorsitzende des aldeutschen Verbundes, Reichsanwalt Clah, fordert zum Beispiel, daß zwischen der Ostgrenze Deutschlands und dem neuen polnischen Reich und ebenso zwischen diesem und Russland eine Zone deutscher Militärländer geschaffen werde, und daß auch Plauen im Norden Polens in deutscher Hand bleibe. Sei Polen in dieser Weise auf drei Seiten vom Feinde umringt, dann werde es vielleicht ungefährlich für Deutschland sein.

Solche Pläne verdienen keine Erörterung. Sie wären im 18. Jahrhundert vielleicht außerordentlich geschickt und richtig gewesen, sind aber in der Gegenwart einfach undurchführbar geworden. Mit bloßer Gewalt lassen sich heutzutage keine Dauerzustände schaffen.

Was jetzt in Polen eingetreten ist, war vorher zu sehen. Wer mit offenen Augen Friedrich Naumanns Büchlein „Was wird aus Polen?“ gelesen hat, das vor einem Vierteljahr bei Georg Meissner herausgekommen ist, dem stärke zwischen den beiden die Angst des Reichsgerichts entgegen. Deutschland möchte mit der Gewährung wirtschaftlicher Selbstregierung an die Polen so lange zögern, bis eine Wirkung damit nicht mehr erzielt werden könnte. Der polnische Staatsrat, der die Verantwortung einer Regierung tragen sollte und seinerseits Verhandlungen begonnen hatte, schwieb in der Luft; er mußte unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Polen in absehbarer Zeit zusammenbrechen.

Nun ist die Katastrophe eingetreten, aber es ist nicht zu spät, noch jetzt den richtigen Weg einzuschlagen und Polen den Polen zu geben, sonst das irgend die Interessen des deutschen Kriegsführers gestalten. Den Polen muß gezeigt werden, daß Deutschland wirklich keinerlei Erbitterung und Verteilungsbefürchtungen hat, sondern ihnen nach dem Kriege gern die volle Freiheit geben will.

Steht Deutschland in dieser Weise vor, so wird es freilich auch nicht die Liebe Polens erwerben. Damit müssen Politik und ein für allemal abscheiden. Solange in Russland der Sozialismus herrscht, war noch eine geringe Möglichkeit, daß die Polen aus freien Stücken den Anschluß an Deutschland als das Heim der Arbeit wählen. Das republikanische Russland wird aber Wohlseinlichkeit noch, auch wenn es keinen Atomblümchen nur ein beständiges Wahlrechtsystem auf die Polen eine viel ältere Anziehungskraft ausüben. Wenn wir darüber nicht beraten, daß die Entwurfswerte der Polen Polen, Tarnia, Preobraschensk und Kaschau verlieren, dann die wir ihnen nicht geben können und werden. Und die Erbitterung des polnischen Staates ist leider sowohl bei den heutigen internationalen Kräften als auch gewichtet, wenn wir nicht mit besonderer Vorsicht die Entscheidung.

Die französischen Streitkräfte nur auf das belohnende Ziel gerichtet, das sie nicht vor den Deutschen und Russen zu verhindern gegen die Polen in einen zweiten Krieg zu ziehen scheinen. Da sie ja zu keinem Zweck für diesen Krieg eingeschworen sind, so kann dies eine Rache für den ersten Krieg sein, die sie nicht zu erwarten und man darf sie nicht zu unterschätzen, ob sie jedoch überzeugt.

### Artilleriekämpfe bei Verdun. — Feindliche Vorstöße an der mazedonischen Front.

(W. T. S.) Amlich. Großes Hauptquartier, den 31. August 1917.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Ruprecht

In Flandern reagiert sich die Kampftätigkeit der Artillerie an der Küste und zwischen Yser und Escaut gegen Abend.

Nacht kam es mehrfach zu Zusammenstößen im Vorfeld unserer Stellungen; eine Anzahl Engländer wurde gefangen.

Im Kreis entwickelten sich nördlich von Lens östliche Kämpfe, die bis zur Dunkelheit andauerten.

Südwestlich von Le Cateau entrichten Jägerkompanien den Engländern einen Teil ihres neulichen Gewinnes; zahlreiche Gefangene sind eingeholt worden.

St. Quentin lag wieder unter französischem Feuer.

#### Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

In der östlichen Hälfte des Chemin-des-Dames-Rückens war die Feuerkraft lebhaft.

Bei Bapaing ging das Störungsfeuer auf beiden Maabufern abends wieder in starken Artilleriekampf über, ohne daß es bisher zu neuen Angriffen kam.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz

Bayern:

Nordwestlich von Danzig liegen russische Streitstellungen unter Bewachung bei Elbing vor; unsere Gräbenbefestigung schlug den Feind zurück. Obwohl vergleichsweise blieben russische Unternehmungen am Narva-See.

Bei Stolp setzte einige unserer Kompanien über den Fluss, drangen in die russischen Linien ein und kehrten nach Beobachtung der Gräbenanlagen mit Gefangen und Beute über den Fluss zurück.

Großherzoglich Preußische und Hannoveranische Armee unter Generaloberst von Hindenburg.

#### Mazedonische Front.

Bei großer Höhe hielt die gefährliche Geschütztätigkeit an.

Um Dobropolje wurden serbische Abteilungen, südwestlich des Dorfes englische Divisionen unter schweren Verlusten abgewiesen.

Der erste Generalquartiermeister: Lubenovski.

### Der Londoner Verschleppungsbeschluß.

Für den, der etwas noch daran geswifelt hätte, beweist der Ausgang des interalliierten Sozialistenkongresses in London unambiguität, daß er nicht der Vorbereitung, sondern der Verschleppung der Stockholmer Konferenz dienen sollte. Einstimmigkeit über die Kriegsziele war nicht zu erlangen, deshalb wurde von der Mehrheit des Vorschlags angenommen, daß ein ständiger Ausschuß zu dem Zwecke ernannt werden sollte, die verschiedenen Fragen im Hinblick auf die Einberufung einer neuen Konferenz der verbündeten Völker zur Vorbereitung für den internationalen Sozialistenkongress weiter zu erörtern.“ Es wird also weiter erörtert, ob sich die Einberufung einer neuen Konferenz der Entente-Socialisten geplant. Das Bureau in Stockholm mag warten.

Der Daily Telegraph stellt fest, daß die Konferenz vollständig mißglückt sei. Henderson, die englische Arbeiterpartei und die französischen Annexionssozialisten werden gegen diese Auflösung protestieren dürfen. Denn sie, die für die Fortsetzung des Krieges bis zur Niederwerfung Deutschlands eingetreten, haben in London zunächst ihren innersten Zentren konsens durchgelegt: Die oberste Hinwendung der Stockholmer Konferenz. Sie und ihre Regierungen haben in London so gelehrt, wie sie in Stockholm nicht liegen würden. Lloyd George und Ribet werden zufrieden sein. Woher wird der russische Arbeiter- und Soldatenrat zu dieser Antwort auf seinen Ruf nach Stockholm sagen?

#### Friedensprogramm der englischen Sozialisten.

Genf, 31. August. Wie aus London gemeldet wird, hat die englische sozialistische Partei ein Programm für die Friedensbedingungen ausgearbeitet. Es wird darin gefordert, daß die Bevölkerungen von Estland, Lettland, Polen, dem Balkan, Armenien, Indien, Afghanistan, Irland, Algerien usw. in einer Volksabstimmung ihre Regierung selbst wählen sollen. Die Kriegsentschädigungen sollen durch einen gemeinsamen Fonds, dem jeder der Kriegsführenden einen Beitrag zu leisten hat, finanziert werden. Afrikaromanien soll an die Türkei und die deutschen Kolonien sollen an Deutschland zurückfallen.

Die italienischen Sozialisten drängen zum Frieden.

Amsterdam, 31. August. Die englischen Sozialisten fordern, daß die italienischen Sozialisten den italienischen Sozialisten empfangen haben, wonach die italienische Regierung im Pariser Friedensvertrag ist, die Italiener zum Frieden zu veranlassen. Italien werde einen Widerstand gegen nicht mehr durchdringen können. Die Friedensbewegung sei in Italien stärker als in irgendeinem der anderen italienischen Ländern. Die Sozialisten vertragen, daß Italien mit Aufstand verhandeln.

### Eine Verirrung.

\* In der Gedenkveröffentlichung Heilmanns einen Artikel über „Proletarische Klasseninteresse und parlamentarische Adelsstaatwirtschaft“. Die Redaktion der Zeitschrift sagt in einer Bemerkung, daß Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen bestehen über die Formen, in denen die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens durchzuführen ist; Heilmanns Artikel soll die Diskussion über diese Frage eröffnen.

Heilmanns Artikel bedeutet eine runde Abfage an das parlamentarische Regierungssystem, zu dessen Herausbildung er viele starke Schlußworte, aber wenig sachliche und äußerst unzureichende Begründungsversuche aufweist. Wir müssen den Ausführungen Heilmanns durchaus widersprechen und vermögen nicht zu erkennen, wie er annehmen kann, gerade gegenwärtig, wo im Reichstag für die Mehrung des parlamentarischen Einflusses und damit der Volksrechte geworben wird, unserer Sache zu nützen. Wir wollen die hauptsächlichsten Ausführungen des Verfassers kurz besprechen.

Heilmann beginnt mit einer Betrachtung, die er in eine theoretische bezeichnet. Die Wähler, so führt er aus, erteilen das Abgeordnetenmandat lediglich zur Mitwirkung bei der Abfassung der Gesetze und zur Überwachung der Gesetze, nicht aber zur Leitung der Verwaltung. Auf Trennung der drei Gewalten der geistiggebenden Gewalt, der ausführenden Gewalt und der Predigtredigung, beruht jede Ordnung im Staate. So geht Heilmann hinter die Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich günstig beurteilt, gibt es keine Trennung der geistiggebenden und der ausführenden Gewalt; vielmehr ist die Executive zugleich mit gleichberechtigt, sondern sogar mehrheitsberechtigt. Heilmann hinter der Theorie des modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Zürcherburgers, wie sie Montesquieu klassifiziert hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vornherein einen schweren Widerspruch verfällt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zuschreibt. Im Deutschen Kaiserreich, dessen bisherige Verfassungseinricht

den Fragen werden von Heilmann in seinem blauen Eifer gegen das parlamentarische System nicht einmal erwähnt!

Am Weltkrieg, sagt Heilmann weiter, habe das parlamentaristische System erstmals recht schmälich Bankrot gemacht. Nur die Kriegserklärung habe es nicht geleiht; im Kriege sei in den parlamentarisch regierten Ländern der Staat zu Leute einer Kamaraderie von einigen 100 Leuten geworden, die ihre Ländere zugrunde rückten; Munitionstrübe, unzählige Fehler der Kriegsführung seien durch die Kameradschaft des parlamentarischen Systems verursacht. Auch diese Verurteilungen Heilmanns geben völlig Recht. Wenn wir Sozialdemokraten das parlamentarische Regierungssystem verurteilen, so wissen wir natürlich, daß es nicht etwa ein politisches Alibimittel ist. Will man aber Vorteile und Mängel einer Regierungssform prüfen, so darf man sie nicht außerhalb des Gesamtzusammenhangs der gesellschaftlichen Entwicklung betrachten, und noch sichter ist eine Methode, die alle Unzulänglichkeiten und Nachgriffe, die sich in einem Staate zeigen, auf eine einzelne Einrichtung im Staate, die zu beobachten man sich vergenommen hat, zurückzuführen will. Gegenüber den nämlichen ungünstigen Erwartungen über die parlamentarische Regierungssform während der Friedezeit könnten wir mit vollem Recht die folgenden Fragen stellen, ob er denn sagen will, daß die autokratische Regierungssform im Auslande oder die habkonstitutionelle, wie wir sie haben, den Krieg verhindert hat, und ob er ebenso unter diesen Regierungssformen schwere Misserfolge in der Kriegsvorbereitung vorkommen könnten? Zwar für die Kriegsvorbereitung als für die Kriegsführung ist die Regierungssform der Staaten keineswegs allein entscheidend, vielleicht vor al. dabei eine ganze Fülle von Umständen mit. Aber wenn die Regierungssform miteinschließlich ist, liegt eine Kameradschaft des parlamentarischen Systems zweifellos nahe. Haben doch sehr viele deutsche Politiker — wir erinnern an Tietzmann —, die vor dem Kriege das parlamentarische System sehr ungünstig und ganz ungereignet für Kriegswesen angesehen haben, gerade auf Grund der Kameradschaft und der so überragenden Leistungen, insbesondere Kämpfens, ihre Ansicht sehr geändert. Um so mehr erstaundiger ist es, daß jetzt ein sozialdemokratischer Politiker sich nicht genug zum Forum, eine angebliche Kameradschaft des parlamentarischen Systems als Lehre dieses Krieges zu behaupten, ohne dafür irgendwie fachliche Gründe beibringen zu können. Es nutzt Heilmann an, wenn Genosse Heilmann sagt, daß „logisch“ aus der deutschen Sozialdemokratie ein herausbrechendes Feuerwerk nach dieser politischen Methode (dem Parlamentarismus) die Welt durchtönt“. Das Logische ist ganz auf Heilmanns Zeite. Unsere Partei hat stets die Forderung nach dem parlamentarischen System erhoben. Erinnert sich Heilmann nicht an die Verfassungskämpfe von 1848?

Ein Hauptteil der Heilmannischen Ausführungen besteht aus der Gegenüberstellung: Die parlamentarische Adelsstaatenwirtschaft — die die großen Talente des Verwaltungsbürgers. Heilmann überschlägt die Parlamentarier mit Liebenwürdigkeiten, die jedem ausgesprochenen Feinde einer demokratischen Volksvertretung das Herz ins Bebe lassen lassen. Das Seelen des parlamentarischen Ministers möchtet darum, so meint er, daß er von dem Amt, zu dessen Leitung er berufen wird, nichts versteht. Die beste Anrechnung bei den Wahlen gewählt zu werden, habe der germanische Kämpfer, der gefürchtete Redner, der rießungsvoollste Schriftsteller. Auf die andere Seite stellt Heilmann die Partei und der organisierte Bevölkerung. Er legt darin dar, daß nach dem Siege die staatliche Wirtschaft sich ungeheuer ausdehnen werde. „Da soll der Parlamentarier Vertreter der Staatsgewalt sein und alle Augenblicke (!) muß da mehrere acht Meisterschaftsparteien mitsamt den 17 Städten das Ruder einmal zu einer neuen Mehrheit gründen und halten.“ Auch dieser Punkt ist die Besessenheit & kommt, wird herbeizuhelfen, aus dem parlamentarischen Zustand einer Vorgeschichte zu machen. Noch unerfreut ist Heilmann über die Tatsache, daß er zwischen der Staatsregierung und der Gattung der Gewerkschaften zu ziehen versteht. Er will es dagegen wenden, daß man parlamentarische Gewerkschaften, die nichts verloren, an die Spitze der Staatsgewerkschaften hebe und er führt aus: „Wie gefielte ob-

Die Kleidernot.

den unerträglichen Seite wird und geblieben. Es kann nicht im Interesse des Verbrauchers sein, dass die Kästen und Dosen der Fleischauswahl eine solche Verfälschung haben. Wenn wir heute in den Supermärkten sind, so ist es ein ehrliches Streben der Fleischverarbeiter, dass sie am aufdrücklich festgestellten Preis einen kleinen Zuschlag legen, um die tatsächliche Preise einzutragen, welche sie eigentlich verlangen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich das sehr schätzen kann. Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich das sehr schätzen kann. Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich das sehr schätzen kann.

unteren Gewerkschaftern, wenn man ihnen sagte: „Gebt die Rasse und die Organisation ruhig in Ordnung, die „großen Nihilisten“ für eure Arbeit bekommt ihr schon von den politischen Höfen fertig geleistet, die in den Versammlungen und bei den Wahlen gewaltig die Menge mit sich reißen...“ Es ist die Gewerkschaftsbeamten für ihre Sache als das größte Unglück anzusehen, daß folßen sie dem Deutschen Reich ein? Werden denn Partei- und Gewerkschaften bureaukratisch oder parlamentarisch regiert?“ Glaubt Heilmann ernstlich, daß unsere Gewerkschaftsgenossen, die er doch hoch einschätzt, so töricht wären, diese neue Form eines Appells an die „schwielige Faust“ sich zu eigen zu machen? Mit der Gegenüberstellung der politischen Richts-als-Agitatoren, die in Versammlungen die Massen hineinziehen, und anderseits der bekannten Partei- und Gewerkschaftsbeamten leistet Heilmann nicht das mindeste zu der Lösung des Problems der parlamentarischen Regierungsform. Es gibt unangenehme Richts-als-Agitatoren, wie es unangenehme Bürokraten gibt, aber die Mängel, die jeder staatlichen Einrichtung anhaften können, entscheiden nicht über den eigentlichen Wert, der den verbliebenen Regierungsfunktionen im Verlauf der gesetzlichen Entwicklung beigekommen ist. Es verhält sich am Rande, daß der Vergleich zwischen Staatverfassung einerseits, Partei- und Gewerkschaftsverfassung anderseits schon deshalb völlig verfehlt ist, weil die von Heilmann für jede Ordnung im Staatswesen geforderte Dreiteilung der Herrschen für die Partei- und die Gewerkschaftsorganisationen überhaupt nicht in Betracht kommt. Das Beamtenium in Partei und Gewerkschaften geht aus den Wahlen der Mitglieder hervor, der im deutschen Staatsleben vorhandene Gegensatz zwischen Volk und Bürokratie besteht nicht. Parteitage und Generalversammlungen vereinigen Gesetzgebung, ausführende Macht und auch die Rechtsprechung in ihrer Hand. Der von Heilmann ver sucht Vergleich ist also die schärfste Widerlegung seiner eignen These.

Heilmann spinnt dann seine Konstruktion des Gegensatzes von Politik und sozialer Verwaltungearbeit noch weiter: "Die politischen Staatsparteien sind für politische Räume gut; die soziale Umorganisation der Gesellschaft vollzieht sich zum größten Teile außerhalb des Bereichs der Politik und der Presse, und nichts ist ihr fremder als eine Parteidiktatur." Es ist eine platte Selbstverständlichkeit, daß die wirtschaftlich-soziale Entwicklung der Gesellschaft nicht durch die Parteien gemacht wird. Aber auch Heilmann kennt das Abo der sozialdemokratischen Lehre, daß die politische Machtgewinnung das Mittel ist, um die soziale Entwicklung in bestimmte Richtungen zu drängen und um die Interessen bestimmter sozialer Klassen zu fördern. Das proletarische Klasseninteresse gebietet alles anderes als, wie es Heilmann tut, mit dem plumpen Schlagwort von der "parlamentarischen Advokatenwirtschaft" zu arbeiten. Das proletarische Klasseninteresse gebietet vielmehr, denjenigen politischen Parteien, die für den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse eintreten, mehr Macht im Staat zu schaffen. Und zur Machtübung im Staat gehört nicht nur Mitwirkung an der Gesetzgebung, sondern entscheidender Einfluß auf die Regierungstätigkeit, auf die Organisation und die Handhabung der Verwaltung. Wer nicht ein prinzipieller Verächter der Demokratie ist, kann dabei auch das Vertrauen haben, daß nicht Schwäher, sondern Sachkundige auf die leitenden

Am Schluß seines Artikels lenkt Heilmann ein wenig ein. Er wünscht verstärkte Rücksicht des Parlaments über die Ausführung der Gesetze. Befragung der Parteiführer bei der Berufung eines neuen Kanzlers. Berufung von Industriellen, Kaufleuten und Bürgern aus der Arbeiterschicht in die Verwaltungskörperholzen und in die zentralen Regierungsstellen. Durch Ausschließung dieser Wähler wird aber das Uebel des ganzen Kreisels kaum verringert.

Wir wissen und frei von einer Nebenbedeutung des parlamentarischen Systems. Auch diese Regierungsform kann im kapitalistischen Staate sehr ungünstige Erhebungen zeitigen. Und die Sozialdemokratie in Deutschland, wenn sie auch im Interesse der Arbeiterschaft vor der Übernahme von Verantwortlichkeiten nicht zurückstehen darf, braucht sich gewiß nicht zur Teilnahme an einer Regierung heranzutragen, der die schlimme Erfidenschaft eines schrecklichen Krieges übergeben wird. Über das daraus entstehende Neuland gegen eine Fortsetzung

ie unbeschadet etwaiger ungünstiger Wogenenie, die ihrer Durchführung anhaften können, in engem Zusammenhang mit der demokratischen Gesamteinwicklung steht. Ist in hohem Maße zu bedauern und aufzudecken. Dieses Vorgehen ist unsinnig zu bedauern und aufzudecken, weil es gerade gegenwärtig sich in besonderem Maße darum ansetzt, den Einfluss der Reichstagsmehrheit bei der Fortführung der Friedenspolitik zu verstärken. Hier in solcher Situation durch schroffe Herabstufungen gegen das Ansehen des Parlaments wütet, der schädigt ebenso seinen politischen Ruf wie die Sache der deutschen Freiheit.

## Kornilows Streben nach der Militärdiktatur.

Die Rede Kornilows auf dem Moskauer Kongreß und der Gegenjag zwischen Kerenski und Kornilow zeigen, daß der russische Generalrat nach Errichtung der unbeschränkten Militärdiktatur strebt. Nach dem Echo de Paris beschäftigt sich der Moskauer Kongreß mit der Hauptfrage, nämlich der Übergabe der Militärdiktatur an Kornilow, einschließlich des Oberbefehls aller Bahnlinien. Wie der Sowjet (A.-n. S.-rat) dazu steht, darüber meldet die Times aus Moskau.

Der Petersburger Berichterstatter des *Secolo* meldet, daß die Disziplinlosigkeit unter den russischen Truppen an und hinter der Front neuerdings an Ausdehnung zunehme. Um die durch die großen Verluste bei der letzten Offensive entstandenen Lücken auszufüllen, würden fortdauernd Soldaten aus dem Innern des Landes zur Front abtransportiert, wo sie jedoch vielfach nur noch größere Unruhen hervorrufen. Der Handelsrat von Rien teilte der Regierung telegraphisch mit, daß der Lebensmittelmann in St. Petersburg einen drohenden Charakter angenommen habe. In einigen Tagen würden alle Vorräte ausgebrannt sein. Nach einer Meldung des *Ufionbladet* aus Kaparanda sind die Brotanteile in Petersburg herabgesetzt worden. Man rechnet mit ihrer weiteren Verringerung. Den Grund dafür sieht man in der Hungersnot im Wolgagebiete.

Ein Secretariat

Peterburg, 30. August. (Reuter.) Recenshi ist nach Peterburg zurückgekehrt. Die Gräfin Panine ist zur Staats-  
schule ernannt worden.

— auf einer Wintertournee

Stockholm, 31. August. Um Freitag brach in der Munitionsfabrik in Lekta bei Petersburg ein Feuer aus, wobei 45 000 bis 50 000 geladene Raketen Feuer fingen. Die Explosion war so stark, daß Stücke des geschrütteten Daches, des Fabrikgebäudes und brennende Raketen in ganz Petersburg unter die Einwohner flöhen. Es entstand eine Panik. Die Bewohner verließen zum größten Teil ihre Wohnungen, wobei Vagabunden die einzige Gelegenheit benutzten, um die Wohnungen zu plündern. Ein herbeigeholtes Militär stellte die Ordnung wieder her. Feuerflammen ergossen mehrere Häuser. Eine große Ladung Sprengstoff und große Mengen aufgeschäpelten Holzes wurden durch das Feuer vernichtet. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Rubel.

#### **Sozialistischer Wahlsieg im Obeffia**

Bern, 31. August. Der Korrespondent der Times in Odessa berichtet an Hand der Munizipalwahlen in Odessa die Stärke der Sozialisten in den Städten. Das Ergebnis war: Die sozialistischen Delegierten erhalten im Stadtrat 45, die Redetten 18 und die Juden 14 Sitze.

größeren Städten beschäftigt worden. Was aber beim Aufkleben  
handelt ist so und möglich war, muß mindestens auch die Kleider  
für die Versorgung der Bevölkerung mit neuen Kleidern ergeben.  
Wie die Mehrzahl der Herren es ermöglichen soll, die heute ge-  
forderten Preise für Kleidung und Schuhwerk zu erlösen, ge-  
mäße Freiheit. Denn nicht alle haben die haben Lohn zu  
verdienen. Es ist eben angeblichem Verhältnisse nach  
wie weniger das jene hat durch das Verhältnis zwischen  
Arbeitszeit und Arbeitsleistung bestimmt, die Vorspiele können nur zu  
denen Leistungen oder Rindern beigetragen, die von den Männern im  
Vorfeld geleistet werden. Daraus haben aber nun die preiswerten Kleider  
gewisse Beziehungen zu ergänzenden Rindern nur dort eine direk-  
te Verbindung. Das gewünschte Resultat muss es zu be-  
rechnen, wie Verdienstung zu sei, welche mit dem Preis der  
Kleider zusammenhängt. Das Preis der Kleider kann  
nach dem Preis der Arbeit. Die Formel ist folgende:  
Die Summe der Kosten der Arbeit nach dem Preis der  
Arbeit, dividiert durch die Summe der Kosten der Arbeit nach dem  
Preis der Kleider. Ein Beispiel: Wenn der Preis der Kleider 100  
und der Preis der Arbeit 50 ist, so ist der Preis der Kleider  
zwei Mal höher als der Preis der Arbeit.









Kraut gegen Abschnitt 12 als Beigabe. Getreideringe, auf jede Familie ein Säckl, Teigwaren, Suppenmehl und Erbsen, gegen weißen und gelben Abschnitt 13. — Sonnabend, von 6 bis 11 Uhr, Röckenberistung an der Osthinter Wäsche. Wer keine Vorrate besitzt, erhält einen Kestholter. Abstempelung der Karten Nr. 1 bis 100 im Gemeindeamt, Summer Nr. 2.

**Wohlschaffende.** Zweie Wüschen aus Dresden, im Alter von 9 und 17 Jahren, hatten sich hier am Mittwoch gegen Abend in eine Wohnung eingefüllt, um nichts zu feiern. Weil aber der jüngere Hunger hatte und sich über einen weggestellten Teller Essen machte, wurde er erstickt und der Gemeindebehörde übergeben. Der ältere Junge, der sich unter das Sofa versteckt hatte, konnte entkommen. Beide haben hier schon mehrere Diebstähle ausgeführt.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

### Die Löhne der Arbeiterschaft während des Krieges.

Das Kaiserliche Statistische Amt hat, um die Veränderung der Lohnsätze, ausgängend vom Friedensmonat März 1914, festzustellen, eine Erhebung durch Verbindung von Fragebögen an die regelmäßigen über die Höhe des Arbeitsmarkts für das Reichsgebiet berichtenden Unternehmungen vorzunehmen, die auf die Entwicklung der Höhe des durchschnittlichen Lohnesverdienstes der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter verschiedenen Industriegruppen einen Überblick gewähren soll. Erfragt wurde u. a. die Zahl der Arbeitertätigkeiten der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter und die ihnen gehörende Lohnsumme in den beiden letzten Wochen der Monate März und September 1914, 1915 und 1916.

Die Übersicht über die Lohnentwicklung der Gesamtheit der befragten Gewerkschaftsgruppe zeigt, wie wir der Nummer 8 des Reichsstatistikblattes entnehmen, für die männlichen Arbeiter vom März auf September 1914 einen Rückgang von 5,17 M. auf 5,12 M. An den folgenden, sogenannten Stufen ist der männliche Durchschnittslohn gestiegen bis auf 7,55 M. im September 1916 — 146 v. H. des Lohnes vom März 1914.

Etwas anders ist die Entwicklung des weiblichen Durchschnittslohns verlaufen. Seine verhältnismäßige Steigerung während des ganzen Erhebungsspaumes war größer, als die des männlichen Durchschnittslohns, sie betrug nämlich 54,1 v. H. Im September 1914 fand zunächst ein Rückgang gegenüber dem für März ermittelten Lohnen statt, und zwar von 2,29 M. auf 1,94 M. gleich 15,3 v. H. Dennoch liegen die Löhne ununterbrochen bis auf 2,53 M. im September 1916, doch vollauf sich hier die größte Steigerung nicht im ersten Kriegswinter, wo sie 18,5 v. H. betrug, sondern vom September 1915 zum März 1916 mit 18,3 v. H.; vom März bis September 1916 betrug sie wieder 18,5 v. H.

Das vorliegende amtliche Material beweist, was von den Arbeitern stets behauptet worden ist: daß der Arbeitsmarkt im allgemeinen nicht in dem Maße angewachsen ist, wie die Preise der hauptsächlichsten Lebensmittel des Lebens gestiegen sind. Zuletzt stehen unschönere Statistiken über die Steigerung der Kosten des Lebensbedarfs während der Kriegszeit noch aus; doch ist die Tendenz für jedermann nur zu öffentlich, als daß hierüber noch ein Zweifel bestehen könnte.

### Ungarischer Gewerkschaftskongress.

(L. K.) Am 19. und 20. August fand in Budapest der 6. Kongress der Gewerkschaften Ungarns statt. An dem Kongress nahmen die Genossen Paul Ulbricht in Vertretung der Generalkommunisten der Gewerkschaften Deutschlands und die Genossen Drorat und Stephan Szuppert in Vertretung der Gewerkschaften Österreichs teil. Die Schweizer Genossen entschuldigten ihr Fernbleiben, während die Genossen Dánematz ein Begegnungstelegramm sandten.

Aus dem statistischen Befremdermaterial des Reichs geht hervor, daß die Gewerkschaften Ungarns durch den ersten Stoß der Mobilisierung und ihren Nachzuflüssen erg in Mitleidenschaft gezogen wurden, in ihren Grundfesten jedoch nicht erschüttert werden konnten. Schon im zweiten, und noch mehr im dritten Kriegsjahr zeigten die wirtschaftlichen Organisationen ungebrochen und in alter Kraft auf dem Plan. Im ersten Kriegsjahr gab es einen Mitleidenschaftsverlust von 55 876, das sind 62,57 Prozent, im Jahre 1915 schwinden weitere 8120 Mitglieder aus der Reihe der organisierten Arbeiterschaft; aber 1916 konnten die Organisationen bereits einen Mitgliedsverlust von 11 957 verzeichnen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ruhte eigentlich nur ganz kurz Zeit. Schon einige Wochen nach Kriegsbeginn nahmen die Gewerkschaften mit voller Kraft den Kampf mit jenen Unternehmern auf, denen die Weltkatastrophe eine Gelegenheit mehr war, ihr Ausbeutungswert in der gewinnreichsten Weise fortzuführen. Die Gewerkschaften der Gewerkschaften betragen während der Kriegsperiode 4 871 497 Kronen, die Ausgaben 4 844 552 Kronen, so daß ein Verlust von 326 975 Kronen verzeichnet werden kann. In Unterstützungen für die Angehörigen der Einberufenen wurden bisher 172 000 Kronen gewährt. Die Tätigkeit des Gewerkschaftsrates wurde einer strengen Kritik unterzogen, in den großen Prinzipienfragen gab es jedoch keine Meinungsverschiedenheiten. Der Vertrag des Gewerkschaftsrates wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Kongress beschäftigte sich dann mit den großen Problemen der Überzeugungswirkung und mit dem internationalem Arbeiterschutz. Die Beschlüsse, die hierbei gefaßt wurden, befürmten die Gewerkschaften, den Kampf gegen die Tatenlosigkeit und Gleichgültigkeit, die die Regierung in Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Flüchtlinge befand, aufzunehmen. Für die Zeit nach der Abschaffung wird die Unterstützung aller Kriegsheimkehrer, die sie einen regelmäßigen Erwerb erlangen verlangt; die Regierung darf die Befreiungen jenen Rohstoffen beschaffen, um es wird darauf hinweisen, daß durch den vollständigen Stillstand des Baumwollvertriebs während des Krieges es notwendig sein wird, im ganzen Lande Kleinwohnungen zu bauen; sofort nach dem Kriege müßten weiter auf der ganzen Linie schwere Arbeiten begonnen werden. Die erhöhten Anforderungen, die durch die Entwicklung der Organisationen an den Gewerkschaftsräten gestellt werden, hatten veranlaßt, mit dem Autokro auf Erhöhung des Beitrages an den Kongress heranzutreten, um nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten der Organisation zu erweitern. Keine einzige Stimme war gegen diese Erhöhung, nur der Form nach gab es eine abweichende Meinung, die in dem Antrage der Eisen- und Metallarbeiter zum Ausdruck kam, monach nicht, wie der Gewerkschaftsrat vorschlug, 8 Prozent der Einnahmen, sondern ein jeder Person und zwar 12 Heller pro zehntausend Mitglied und Dienstleister, als Beitrag an die Gewerkschaftsräte zu entrichten wäre. Der Antrag der Eisen- und Metallarbeiter wurde angenommen. Von den 11 Mitgliedern des Gewerkschaftsrates erschienen 5 als neu gewählt.

### Parteiangelegenheiten.

#### Sozialisten-Verhaftungen in Spanien.

Im Zusammenhang mit den letzten spanischen Unruhen ist eine Anzahl der bekanntesten Führer der spanischen Sozialdemokratie, eine Anzahl der bekannten Führer der spanischen Sozialdemokratie, verhaftet worden, darunter Juan Bortolo, Professor an der Universität Madrid und Vorsitzender des Hauptvorstandes der Sozialdemokratischen Partei, Largo Caballero, Hindernschafter in Madrid und zweiter Vorsitzender der spanischen Gewerkschaftscentral, Virgilio González, Mitglied des Hauptvorstandes, Andrés Gómez, Vorsitzender des spanischen Jugendorganisation, und Aquila, Chefredakteur des Hauptorgans der Partei, El Socialista. Das Erreichen des Freiheits ist verboten worden. Der Parteivorsitzende Pablo Iglesias ist schwer erkrankt. Humanist betont, daß die der Partei zur Last gelegte Generaldirektionspropaganda und Vorbereitung revolutionärer Blätter tatsächlich von Redakteuren ausgetragen sei. — Die spanischen Forderungen sind fair und ehrlich und würdig. Niemand gewinnt daran, daß unter dem Druck des Lebensmittelunterwertung

die spanischen Sozialisten sich dazu haben verleitet lassen, am so genannten republikanischen Bewegungen teilzunehmen, deren wichtigstes Ziel war, Spanien an der Seite der Entente in den Krieg zu ziehen. Daß diese Bewegungen einstweilen vollständig mißglückt sind, ist aus der Humanität zu ersehen, die selbst zugibt, daß nun mehr auch in Bilbao und Barcelona die Ruhe vollkommen wiederhergestellt und die Arbeit wieder aufgenommen werden ist.

## Gerichtszeitung.

### Landgerichtsstraße.

Auf dem Bahnhof Friedrichstadt arbeiteten der Schmiedemeister H. und die Wagnerländer P. und S. In der Zeit vom 4. bis 21. Juli haben sie nach der Anklage einseln, teils gemeinschaftlich, aus Güterwagen Wehl gelöscht und in einem Halle die Bombe mittels der Wagen verschlossen und gerissen. Die beiden unbefreiten Angeklagten legten ein volles Geständnis ab. Ihre Entschuldigung führt sie ihre Notlage an. Das Urteil lautete, je nach der Beteiligung, bei P. auf ein Jahr und einen Monat, bei H. auf elf Monate und bei S. auf fünf Monate Gefängnis. Nach der Urteilsabgabung liegen die betroffene Halle besonders schwer, weil darunter die Versorgung der Allgemeinheit leidet.

Einen Kellerbrand

verübten in der Nacht zum 23. Mai d. J. die beiden Schlosser Oskar Albert Stenger und Otto Adolf Sommerfeld. Ersterer ist schon mehrfach auch mit Raubhaus vorbestraft, während So. bisher keine Straftaten aufweist. In gleicher Nacht wurden einem Maschinenhändler H. aus seinem Keller in der Annenstraße 50 flüssiges Wein, Rognat, Portwein und Sekel gelöscht. Beide Angeklagten waren nach ihrer Art und Bekleidung sehr gegenseitig. Es wurden zehn Zeugen verhört. Wein und Rognat hatte man schon in dem Keller eines dritten Personen untergebracht. Als aber jemand das Interesse über den Weinleibstisch in den Plätzen erhielt, erschien der Aufseher des Weines Angeklagt und man kam den Dieben auf die Spur. Ein Teil der geflügelten Getränke wurde noch in dem betreffenden Keller aufgefunden, ein Teil war schon verkauft. Auf Grund der mehrfachen Betriebsnahme gab das Gericht die Angeklagten als Täter an. Stenger wurde wegen § 190 c 1. R. 1. Gefälligkeitssatzung zu vier Jahren Justizhaus und zehnjährigem Gewerkschaftsverlust, Sommerfeld zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Gewerkschaftsverlust verurteilt.

Beschlagnahmtes

verhöhlt in diesem Frühjahr die Hellmutter Marie Helene Stubich. Die 22jährige Angeklagte ist wegen Diebstahl und Betrug schon mehrfach verurteilt. Anfang März war sie als Hellmutter bei dem Kindwart A. in Rosenthal tätig. Am 4. März versteckte sie von dort und nahm das ihr vom Wirt eingehändigte Goldstückgeld in Höhe von 20 M. mit. Sie ging nach Dresden. Hier begleitete sie einen Lokomotivführer in dessen Wohnung. Als er am nächsten Morgen erwachte, war die St. abgesehen, hatte aber aus dem Hof des Wirts 200 M. geschlossen, mit denen sie nun ein lustiges Leben führte. Ihre Legastrophie stellte sich am Anfang April für 12,50 M. Wochentags, ebenso entwendete sie zwei Untermieterinnen ihrer Wirtin für 70 M. Goldstücke, Kleiderstücke und Wäsche für über 50 M. und ein Geldhäuschen mit Inhalt. Mit den Sachen verschwand sie noch nie. Nach ihrer Angabe lebte sie dort die Goldstücke wieder seitlich verdeckt. Das Gericht verurteilte die Stubich zu acht Monaten Gefängnis.

Schöffengericht

Neile Roschewitz

Wegen Bekleidung des Gemeindeworstandes zu Oberpferswitz haben sich die Arbeitersfrauen R. und T. Einwohnerinnen genannt Orts, zu verantworten. Eines Tages im Juni waren beide Frauen in der dortigen Verkaufsstelle des Fleischmarktes Roswitz. Sie waren Zeugen, wie der Sohn des W. (Industriebeamter) einen Soß mit Suder holte. Da zur Zeit Suder noch bestand, fragten beide Frauen: „Qui, wo kommt denn der Suder hin, der kommt wohl gar auf das Gemeindeamt?“ Frau T. war so aufgeregt, daß sie dem Käufer des Suders widrig und sich überzeugte, daß der Suder tatsächlich ins Gemeindeamt kam. Eines Tages sprach sich Frau T. mit der Frau Oberlehrer über die von ihr gemachte Wahrnehmung aus. Die Frau Oberlehrer teilte es schamlos der Frau Gemeindeworstand mit, was sie von Frau T. gehört hatte. Das Ende war eine Bekleidungsfrage gegen die beiden Frauen wegen über Roschewitz. Frau T. soll auch noch gezeigt haben, die Frau Gemeindeworstand erholt jeden Tag unbedingtweise Wiss. Letztere Roschewitz konnte der T. nicht aufzeigen werden, auch war Frau R. nicht nachzuweisen, daß sie sich an der Verbreitung des Gerüchts beteiligt hat. Durch Zeugen wurde bewiesen, daß der Suder denselben Tag noch in die Volksschule gebracht worden ist, für die er bestellt war. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung der Frau T. zu 60 Tagen Strafe oder 300 1/2 Tagen Gefängnis wegen Bekleidung. Frau R. wurde freigesprochen.

**Kurt Pönitz**

Jahhaber des Eisernen Kreuzes, im Alter von 25 Jahren nach fast dreijährigem, schwerem Kämpfen den Heldentod erlitt. Er folgte unserem unvergesslichen Willi, gefallen am 11. März 1917, nach.

Dresden-B., Stephanstraße 18.

Die zeigen lärmfrei an:

Die trauernden Eltern und Geschwister.

Warum die Seelen fallen, wird eine unerhörte Lösung bleiben!

**Kanonier Erich Schubert**

Zug-Artillerie-Regiment Nr. 10, 10. Batterie  
Inhaber der Friedrich-August-Medaille  
im 28. Lebensjahr am 21. Juli durch Volltreffer getötet.  
In tieferem Schmerz: [B2428]  
Dresden, Waisenhausstrasse 50. Fatalie Schubert.

## Mehrere Bauschlosser

nehmen sofort am

Chladitz-Werte U.G., Zwicker Straße 39.

Teleph. 14 880 Linien 5 u. 7  
**Tymians Thalia Theater**  
Görlitzer Str. 8 Anfang 8 Uhr Saal. 2. Vorstellung.  
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Halbe! Donnerst. Damenkaffee!  
Sonnabend Eröffnung: "Die Hamster" rund um Dresden.  
"Der neue Gendarm" (S172)  
Allerlustiges von Winter Tymian.  
Auch jede einzelne Solo-Nummer zum 1. Mai.  
Vorzeigekarten wochenlang u. Sonntags nachm. 20 Uhr.

Samuel, der Suchende.

Roman von Sinclair. Statt 3 R. 1,50 M. Volksbuchhandlung.

**Jede Dame**

kaufte beim [S 219] weit und breit bekannten billigen

**Mäntel-Ulrich**  
nur noch Neustadt: Heinrichstraße 14-16.

**Schlafzimmers**

Mindestgewicht 4 Bild., Kauflebend gebraucht und in jeder Wette

S. 224. **Rudolf Reidl**

Inhaber der Kleintierzucht "Steidl's Hof", Dresden-N. 28, Hermannstraße, Straße 13. Sternfahrt 19 601 u. 18 602.

**legliche Art Abänderung**  
oder Reparatur  
an Herren-Garderobe  
wird sauber, preiswert und schnell möglichst ausgeführt  
in der [S 212]

**Kleidersewetze**

Dresden-A., Trompeterstraße 7.

Jetzt beste Zeit, seine Garderobe vorzurichten zu lassen.

**Säcke**

aller Art, auch zerissen, Binden, Handtücher, Blanzen, alte Kleidereien, Kastenfüllerei zu allen höchsten Preisen.

**Sackindustrie,**

Gruner Straße 22, 1.

Telephon 18 728. Bei größeren Rothen kommt ins Haus. [S 219]

**Winterhütte**

zum Kompressen auf meiste Formen nimmt schon jetzt einzugehen

**H. Hensel**

Zinzendorfstraße 51.

**Einkauf u. Tausch**

von Münztr. off. Art. a. v. bestell.

**Otto Friebel**

Ziegelstraße 13.

**Weißkraut** verkauft Sonnabend [S 2426] abends Steinmeier, Al. Planckstraße 58.

**Rund um Dresden**  
im Bereich der Jahreszeiten

50 Ausflüge

vom

Fritz Edardt.

Preis 75 Pf.

**Volksbuchhandlung**

Wettinerplatz 10.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Mag. Sachs, Briesnitz.

Berantwortlich für den Anzeigenteil: Mag. Schiebel,  
Dresden-Südvorstadt.

Druck und Verlag: Raben & Samy, Dresden.

